

FDP-RATSFRAKTION IST ENTSETZT ÜBER DIE ABLEHNUNG DER VERKAUFSOFFENEN SONNTAGE

Die für 2025 geplanten verkaufsoffenen Sonntage wurden in der Ratssitzung am 08. Oktober 2024 gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

SPD, Grüne und Bürgerliste stimmten gegen verkaufsoffene Sonntage.

Ein herber Rückschlag für unsere lokalen Einzelhändler! Die Entscheidung ist ein Schlag ins Gesicht der Werbegemeinschaften und Einzelhändler in Wiesdorf, Opladen und Schlebusch, die sich von den Sonntagsöffnungen mehr Kunden und höhere Umsätze erhoffen.

Die Industrie- und Handelskammer und auch die Bürgerschaft haben den Beschluss mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Stimmen aus der FDP-Ratsfraktion:

- "Die Entscheidung des Stadtrates ist enttäuschend und kurzsichtig. Verkaufsoffene Sonntage sind ein wirksames Mittel, um Kundinnen und Kunden in die Innenstädte zu locken und die lokale Wirtschaft zu stärken."
 Jörg Berghöfer, Fraktionsvorsitz
- "Ein verkaufsoffener Sonntag kann nur mit einer begleitenden Veranstaltung stattfinden. Wenn die Geschäfte geschlossen bleiben, kommen weniger Besucherinnen und Besucher und irgendwann wird das Fest ganz abgesagt." Valeska Hansen, Ratsmitglied

Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Fraktion beantragt, erneut über die verkaufsoffenen Sonntage zu entscheiden und damit vorliegende Bürgeranträge zu unterstützen. Und es gibt Zeichen für ein dann positives Votum.



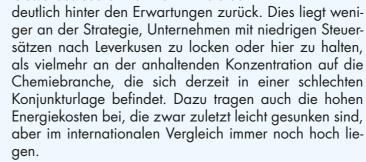
Impressum: Redaktion FDP-Fraktion Leverkusen
Kölner Straße 53, 51379 Leverkusen, Telefon: 021 71 / 705 36 06
E-Mail info@fdp-ratsfraktion-lev.de
Fotos Privat. FDP-Fraktion



Jörg Berghöfer Fraktionsvorsitz

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG – EINE GEMEINSCHAFTSAUFGABE FÜR POLITIK UND VERWALTUNG

Die Stadt Leverkusen steht erneut vor einem großen Haushaltsproblem. Die Gewerbesteuereinnahmen bleiben



Wir müssen nun den Haushalt nach Ausgaben durchforsten, die wir als freiwillige Leistungen kürzen können. Auch bei den Pflichtaufgaben können wir durch effizienteres Handeln sparen. Dabei ist die Politik auf die Unterstützung der Verwaltung angewiesen, die über das notwendige Fachwissen verfügt. Die Politik muss dann entscheiden, welche Einsparpotenziale tatsächlich realisiert werden sollen.

Im öffentlichen Personennahverkehr haben wir beschlossen, das Rufbusangebot "efi" nicht weiterzuführen. Die Taktverdichtung der Schnellbuslinien wird aber im Wesentlichen beibehalten. Das zeigt, dass wir die Stadt nicht kaputtsparen.

Auch die Investitionen im Bildungsbereich werden nur geringfügig gekürzt. Gerade wir Liberale setzen uns dafür ein, der nachwachsenden Generation durch gute Bildungsangebote einen fairen Start ins Leben zu ermöglichen. Deshalb brauchen wir moderne Kitas und Schulen mit qualifiziertem Personal.



Lev Liber 6

Information für die Bürgerinnen und Bürger von Leverkusen

LIEBE LEVERKUSENERINNEN UND LEVERKUSENER,

dass meine kritischen Anmerkungen zum Leverkusener Haushalt so schnell Realität werden würden, hätte ich nicht gedacht. In meiner Haushaltsrede habe ich die prognostizierten Gewerbesteuereinnahmen für zu optimistisch befunden.



Im Sommer zeigte sich ein Defizit von 285

Millionen Euro, und der Kämmerer verhängte eine Haushaltssperre. Eine Arbeitsgruppe sucht nun nach Einsparmöglichkeiten, und die FDP-Fraktion hat bereits erste Vorschläge gemacht.

Neben Einsparungen müssen auch die Einnahmen verbessert werden. Dafür müssen die Rahmenbedingungen für Gewerbetreibende deutlich verbessert werden. Eine weitere Möglichkeit sind verkaufsoffene Sonntage in unseren Stadtteilzentren. Lesen Sie dazu auch den Extra-Artikel in diesem LevLiberal.

Die nächsten Monate werden wegen der vorgezogenen Bundestagswahl sehr arbeitsintensiv, aber auch spannend. Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Adventszeit und ein schönes Weihnachtsfest.

Ihr Jörg Berghöfer, Fraktionsvorsitz



Bürgersprechstunde der FDP-Fraktion

19.12.2024



Jörg Berghöfer Fraktionsvorsitzender

jeden vierten Donnerstag 10.00 - 12.00 Uhr 18.00 - 20.00 Uhr Kölner Str. 53 51379 Leverkusen

Uwe Bartels



Uwe Bartels Ratsmitglied

GRUNDSTEUERREFORM: FDP BEHARRT AUF AUFKOMMENSNEUTRALITÄT

Die Vorbereitung auf die Neufestsetzung der Grundsteuer läuft auf vollen

Touren. Für die meisten Grundstücke, Häuser und Wohnungen liegen die neuen Werte der Stadtverwaltung mittlerweile vor. Der Rat wird dann über den Hebesatz entscheiden.

Die Freien Demokraten fordern, dass es dabei nicht zu einer verdeckten Steuererhöhung kommen darf. Bisher lag das Aufkommen in Leverkusen bei knapp 50 Millionen Euro, mit geplanten jährlichen Anstiegen von 1 %. Auch im neuen Haushaltsentwurf muss dieses Aufkommen angesetzt werden.

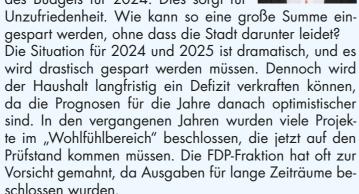
In den neuen Bescheiden weicht der angesetzte Wert deutlich vom bisherigen Einheitswert ab. Die neue Methodik kritisieren wir Liberalen als übermäßig kompliziert, obwohl die neuen Werte dem Verkehrswert eher entsprechen. Dies entspricht der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts. Da für einige Immobilien die Unterbewertung größer war, kommt es zu Verschiebungen der Belastung. Die Reform ist für Steuerpflichtige daher nicht belastungsneutral.

Die weitere, neue Hürde der Landesregierung, bei der Festsetzung neuer Hebesätze optional für Wohngebäude und gewerbliche Immobilien unterschiedliche Hebesätze festzulegen, wird von der Stadtverwaltung glücklicherweise nicht verfolgt. Sie wird einheitliche Hebesätze für beide Immobilientypen beibehalten, um übermäßige Belastungen für Wohnungen in gemischt genutzten Gebäuden zu vermeiden, insbesondere in den Stadtteilzentren. Das befürworten wir Freien Demokraten.

Monika Ballin-Meyer-Ahrens Finanzpolitische Sprecherin

DAS LEVERKUSENER DEFIZIT IM KOM-MUNALEN HAUSHALT

285 Millionen – das ist das Haushaltsdefizit von Leverkusen, fast ein Drittel des Budgets für 2024. Dies sorgt für



Neben Projekten muss der Stellenplan der Verwaltung rigoros auf den Prüfstand.

Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass eine vernünftige Sparpolitik, verbunden mit einer Entbürokratisierung der Verwaltung, dem Haushaltsdefizit in Leverkusen nachhaltig entgegenwirken kann.

DIE TASK FORCE FINANZEN FÜR DIE POLITIK IN LEVER-KUSEN

Als Folge der Haushaltssperre hat der Stadtrat die Einrichtung einer Task Force Finanzen beschlossen. Dort beraten die finanzpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen mit Finanzverwaltung sowie dem Oberbürgermeister über mögliche Sparmaßnahmen. Es ist interessant, einmal die Ausgabenposten der unterschiedlichen Verwaltungsbereiche gebündelt zu bewerten. Das ist eine sehr gute Verhandlungsbasis, um Sparkonzepte zu vereinbaren. Das sind oft recht langwierige Beratungen. Wir Freie Demokraten würden uns noch etwas mehr Entschlossenheit bei allen Beteiligten, insbesondere bei den politischen Vertreterinnen und Vertretern, wünschen, aber ein guter Anfang ist gemacht.

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG – FEUERWACHE NORD NEU DENKEN

Die FDP Leverkusen hat die Festlegung der Bauverwaltung auf den Standort "Auf den Heunen" für die Feuerwache Nord von Anfang an kritisiert. Die Notwendigkeit einer neuen Wache haben wir nie bestritten.

Die aktuelle Haushaltslage macht es jedoch erforderlich, das Konzept nochmals zu überarbeiten. Die Verwaltung schlägt für die Feuerwache zunächst eine Übergangslösung vor. Aus Kostengründen möchten wir diese Übergangslösung so planen, dass sie möglichst lange genutzt werden kann.

Darüber hinaus ist ergebnisoffen zu prüfen, ob die verschiedenen Funktionen der Wache nicht auf verschiedene Standorte verteilt werden können. Die Funktion der Rettungswache muss sogar aufgeteilt werden. Von dem Standort "Auf den Heunen" sind Teile des Stadtgebietes nicht in der Frist zu erreichen, die vom Gesetzgeber als angemessen vorgegeben ist. Auch finden wir es merkwürdig, wenn der Löschzug Opladen der Freiwilligen Feuerwehr faktisch in Rheindorf angesiedelt wird.

AUCH HERZENSPROJEKTE MÜSSEN GESTRICHEN WERDEN

In den vergangenen Jahren hat die Stadt Leverkusen ein solides Einnahmepolster gehabt, mit welchem wir viele Aktivitäten in der Stadt gut finanzieren konnten. Leider ist dabei im Rat oft mehrheitlich übersehen worden, dass institutionelle Förderung von Organisationen oder deren Personalfinanzierung niemals nur für einen kurzen Zeitraum gelingt, sondern nach JEDER Förderphase der Ruf nach dauerhafter Unterstützung laut wird. Alle diese Aktivitäten der verschiedenen Organisationen haben ihre Daseinsberechtigung, trotzdem sind es freiwillige Leistungen, die eine Kommune niemals "auf Pump" unterhalten sollte. Aus diesem Grunde sind in der Stadt alle Förderungen und Unterstützungen auf den Prüfstand gestellt worden und mussten oft "schweren Herzens" gestrichen werden. Mit einer vernünftigen Politik in Bund und Land, die vor allem die Wirtschaft wieder ankurbelt, und mit einer weiterhin niedrigen Gewerbesteuerquote in Leverkusen sehen wir in nicht zu ferner Zukunft die Möglichkeit, wieder mehr finanzielle Spielräume zu generieren. Dann werden auch wieder Herzensprojekte unterstützt.

Valeska Hansen Ratsmitglie

IN DIE FORDERUNG NACH HYBRIDEN RATSSITZUNGEN KOMMT ENDLICH BEWEGUNG

Die Stadt Leverkusen hat endlich auf unsere langjährige Forderung nach hybriden Ratssitzungen reagiert – allerdings erst nach mehrfachen Nachfragen der FDP-Ratsfraktion.

Bereits im Frühjahr 2024 wurde in einer Diskussionsrunde angeregt, dass man testweise die geheimen Abstimmungen während der Ratssitzungen digital durchführen könnte. Dann jedoch blieb es lange still seitens der Stadtverwaltung.

Auf erneute Nachfrage der FDP wurde den Teilnehmern mitgeteilt, dass die Stadt derzeit mit einem Anbieter die technischen Möglichkeiten und Lösungen evaluiert.

Diese Entwicklung ist ein wichtiger Schritt hin zu einer modernen und zukunftsorientierten Kommunalpolitik. Die digitalen Abstimmungen bieten nicht nur eine größere Flexibilität, sondern auch die Möglichkeit, an Sitzungen digital teilzunehmen. Dies ist besonders in Zeiten, in denen Remote-Arbeit und virtuelle Meetings an Bedeutung gewonnen haben, von großem Vorteil.

Wir sind gespannt auf die weiteren Fortschritte und hoffen, dass die Stadt Leverkusen bald konkrete Pläne und Zeitrahmen für die Umsetzung der hybriden Ratssitzungen bekannt geben wird. Dies wäre ein bedeutendes Zeichen dafür, dass Leverkusen bereit ist, neue Wege in der kommunalen Politik zu gehen. Wir Freien Demokraten möchten, dass sich dieses Tool langfristig etabliert, um kommunalpolitisches Engagement zeitgemäßer zu machen.